

AUSGABE VOM 28. APRIL 2023

Breilmann kritisiert Förderpraxis für palästinensische NGOs

Die Bundesregierung will weiterhin Projekte fördern, die mit in Israel als "terroristisch" eingestuft palästinensischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) zusammenarbeiten. "Die sorgfältige Prüfung dieser Informationen führte zu keiner Neubewertung der Sachlage durch das Auswärtige Amt", lautete die Regierungsantwort an CDU-MdB Michael Breilmann, über die auch „Die WELT“ berichtete. Breilmann, Sprecher für Antisemitismusbekämpfung und Extremismusprävention der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, kritisiert das scharf: "Es besteht Anlass für eine Neubewertung der Förderpraxis, um den Missbrauch von Entwicklungsgeldern zu verhindern. Auch wer eine starke palästinensische Zivilgesellschaft fördern will, darf niemals gewalttätige Bewegungen finanzieren und muss die Auswirkungen auf die innere Sicherheit und die jüdische Gemeinschaft im Blick haben", betonte Breilmann.

Fachkräftemangel: Ampel-Gesetz wird Probleme nicht beheben

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung debattiert und zur weiteren Beratung in den Innenausschuss überwiesen. In der Debatte warnte die Unions-Fraktion vor „Downgrading“ und Missbrauch: Die Bundesregierung plane, die Anforderungen an die Qualifikation der Zuwanderer zu reduzieren. Das führe aber lediglich zu einer Einwanderung von Minderqualifizierten. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung habe die Zahl der offenen Stellen in Deutschland mit 1,8 Millionen beziffert. 80 Prozent davon setzen einen Berufsschulabschluss oder ein Hochschulstudium voraus. Nur 20 Prozent der Stellen seien für Minderqualifizierte geeignet. Diese 20 Prozent könnten laut CDU/CSU aus dem Potenzial geschöpft werden, das schon in Deutschland sei oder täglich weiter zugeführt werde. Für die 80 Prozent, die die Wirtschaft fordere und die gebraucht würden, biete das Gesetz fast gar nichts. Der Vergleich mit Kanada hinke: Dort gebe es ein Überangebot an qualifizierten Einwanderern, was zu einer Bestenauslese führe. Die Ampel plane hingegen ein „Downgrading“ auf das absolute Minimum und schütze das deutsche Sozialsystem nicht vor Missbrauch.

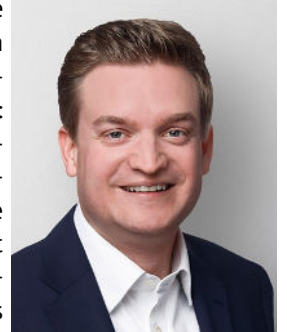


„Wir wollen für die Qualifizierten, die wir brauchen, einladender werden. Sie wollen die einladen, die nicht qualifiziert sind“: Auch der stellv. CDU/CSU-Fraktionschef Hermann Gröhe kritisiert die Pläne der Bundesregierung in der Debatte. (Foto: Privat)

Auch aus Sicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Michael Breilmann wird der Ampel-Gesetzentwurf den Fachkräftemangel nicht beheben. "Wir brauchen ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Für wirkliche Fachkräfte bietet das Gesetz gar nichts, sondern nur für die Einwanderung von Minderqualifizierten. Wichtiger als kurzfristig neue Regeln zu schaffen wäre es, die Engpässe in der Umsetzungspraxis zu beseitigen: Es fehlt Personal, um die Anträge zügig zu bearbeiten, und die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen dauert zu lange. Auch für weniger qualifizierte Arbeitskräfte gibt es in Deutschland Bedarf, aber eben auch ungenutzte Potentiale", so Breilmann.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in dieser Woche feiert Israel sein stolzes Gründungsjubiläum: 75 Jahre Israel - Happy Birthday! Für die CDU/CSU ist das Existenzrecht Israels nicht verhandelbar. Wir stehen fest an der Seite der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Umso wichtiger ist dafür zu sorgen, dass die Feinde Israels, Extremisten und Terroristen sowie deren Vorfeldorganisationen nicht mit öffentlichen Geldern unterstützt werden. Im Gegenteil: Sie müssen konsequent bekämpft werden. Ich bin besorgt und alarmiert: Wenn die der terroristischen PFLP nahestehende Gruppe Samidoun antisemitische und antiisraelische Hetze schlimmster Art auf Demos organisiert, darf uns das nicht ruhen lassen. Was nützen Antisemitismusstrategien und Sonntagsreden, wenn Extremisten in der Bundeshauptstadt auf offener Straße „Tod Israel, Tod den Juden“ skandieren und NGOs mit Verbindungen zu Terrorgruppen aus Steuermitteln alimentiert werden? Wir müssen die Vergabep Praxis öffentlicher Entwicklungsgelder dahingehend ändern und wirksamere Verfahren bei der Sicherheitsüberprüfung anwenden. Und wir brauchen die Möglichkeit, dass die Regierung ein Betätigungsverbot bereits präventiv aussprechen kann, wenn ausländische Vereinigungen eindeutig terroristische Ziele verfolgen sowie ein damit einhergehendes Verbot der Nutzung derer Erkennungssymbole. Fazit: Es besteht dringender Handlungsbedarf!



Ihr

Michael Breilmann

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Recklinghausen I



CDU/CSU fordert Impulse für Wirtschaftswachstum

Die CDU/CSU-Fraktion will die Produktivität und den Finanzplatz Deutschlands deutlich stärken. Unsere Wirtschaft stehe an einem Scheideweg, heißt es in dem Antrag [„Stillstand überwinden – Nachhaltiges Wachstum stärken“](#). Lange Zeit war Deutschland Europas Wachstumsmotor, jetzt machen Wachstumsschwäche und Inflation dem Wirtschaftsstandort zu schaffen. Forschungsinstitute prognostizieren aktuell nur noch ein Potenzialwachstum von 0,7 Prozent – bis 2021 lag es durchschnittlich bei 1,3 Prozent. Wohlstands- und Jobverluste drohen, die massiv die öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme belasten würden. Auch für Arbeitnehmer fordert die CDU/CSU-Fraktion Anreize: Eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung „müsse attraktiver bleiben als der Bezug von Sozialleistungen“. Eine Notbremse fordert die Union für die Bürokratie, wie zum Beispiel bei Existenzgründungen, deren Anzahl stark rückläufig ist. „So viel wie nötig, so wenig wie nötig“ sollte künftig in Regulierungsfragen gelten. CDU-MdB Michael Breilmann: „Deutschland braucht jetzt starke Impulse: mehr Flexibilität für die moderne Arbeitswelt, Fachkräfteoffensive, wettbewerbsfähige Steuern und Abgaben, Belastungsmoratorium, weniger Bürokratie und Beschleunigungen, Digitalisierung, weitere Freihandelsabkommen und Rohstoffpartnerschaften – darauf kommt es jetzt an! Wir brauchen mehr Ingenieure und weniger Ideologen.“

Migration: Mehr Unterstützung für Kommunen

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag über einen Antrag zur Migrations- und Asylpolitik der CDU/CSU beraten. Der Antrag mit dem Titel [„Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik – Kommunen in der Migrationspolitik unterstützen, Forderungen aus dem Kommunalgipfel umsetzen“](#) wurde namentlich abgestimmt und abgelehnt. Die CDU/CSU-Fraktion forderte darin Kanzler Scholz auf, kurzfristig zu einem Flüchtlingsgipfel unter Beteiligung aller betroffenen Ressorts der Bundesregierung, der Länder und der Vertreter der kommunalen Spitzenverbände einzuladen und den Ländern und Kommunen „ein der besonderen Lage entsprechendes Hilfsangebot“ zu machen. Auch soll die Regierung nach dem Willen der Union die finanzielle Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung und Aufnahme von Migrant*innen dauerhaft regeln und Maßnahmen stoppen, „die zu weiteren vermeidbaren Belastungen der Kommunen führen“. CDU-MdB Michael Breilmann: „Gemeinsam mit den Kommunen stehen wir für das Ziel von Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Wir teilen die Sorge der Kommunalpolitiker um die Akzeptanz des Asylsystems. Deshalb haben wir im Nachgang zum Kommunalgipfel diesen Leitantrag mit den Kommunen erarbeitet und abgestimmt. Die Bundesregierung hat es in der Hand, die Zahl der Asylbewerber, die nach Deutschland kommen, spürbar zu reduzieren und zu steuern.“

CDU/CSU: Härtere Strafen für „Klimaaktivisten“

Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit dem Titel [„Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen“](#) mit den Stimmen aller übrigen Fraktionen zurückgewiesen. Mit Verschärfungen im Strafrecht wollte die Unionsfraktion auf die Klima-Proteste der „Letzten Generation“ reagieren. Die Aktivisten hatten in jüngster Zeit unter anderem Straßen blockiert und in Museen Kunstwerke attackiert. Die Fraktion forderte die Bundesregierung u.a. dazu auf, den Strafraum des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr anzuheben, „um die besondere Gefährlichkeit der Straßenblockaden angemessen zu ahnden“. Zudem sollte nach Willen der Abgeordneten der Tatbestand so ausgestaltet werden, „dass die Täter bereits dann bestraft werden, wenn die Blockade dazu geeignet ist, Leib und Leben eines Menschen zu gefährden, und die Täter nur billigend in Kauf nehmen, dass Rettungsdienste nicht zu Unfallopfern durchkommen“.

Für den Unions-Innenexperten Michael Breilmann nutzt dieser Protest in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Rettungskräfte würden bei der Bergung von Verletzten behindert. „Bei diesem Protest handelt es sich nicht um politischen Aktivismus, sondern um Straftaten. Wir müssen dieser Radikalisierung entschieden Einhalt gebieten. Mein Dank gilt den Polizistinnen und Polizisten, die Tag für Tag ihren Dienst tun, um im Umfeld der Blockaden, soweit es geht, Recht und Ordnung aufrechtzuerhalten. Mich leitet die klare Überzeugung: Ein noch so guter Zweck kann im Rechtsstaat kein kriminelles Mittel heiligen, und auch für selbsternannte Klimaschützer kann es weder Strafrabatt noch Schadensersatzverschonung geben“, so MdB Breilmann. Die Demonstrationsfreiheit sei kein Freibrief dafür, Tausende von Bürgern für die eigenen radikalen Positionen zu instrumentalisieren oder in eine Art Geiselnhaft zu nehmen. Dem Ziel, so viel Aufmerksamkeit für ihre Mission wie möglich zu bekommen, ordneten diese Leute alles und jeden unter. Sie erreichten aber inzwischen fast ausschließlich eine negative Aufmerksamkeit.

Abschreckend wirkten laut dem Unions-Innenexperten nicht nur Strafen, sondern auch Schadensersatzforderungen. Geschädigte öffentliche Einrichtungen müssten ihre Ansprüche gegen die Schädiger konsequent und zeitnah geltend machen: „Uns geht es auch um effektive Abschreckung. Die Unionsfraktion ist dagegen, die Täter zu schonen und dadurch unsere Steuerzahler zu belasten!“

Impressum:

Ausgabe Nr. 29 der 20. Wahlperiode

28. April 2023

Herausgeber:

Bundestagsbüro M. Breilmann

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-72555

Email:

michael.breilmann@bundestag.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:

M. Breilmann MdB/H. Häßler